

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Freiherr v. Mirbach

Schweig noch immer. Das spricht für sein Schuldbewusstsein. Das er sich von den Herren Schulz und Komeid 25,000 Mark für Kirchenbauten zahlen ließ, hätte er schon eingestehen können.

Freilich ist das System, das Freiherr v. Mirbach zur Förderung des Kirchenbaus einführt, geeignet, das größte Mißbehagen zu erregen, und hat sicherlich gegen den Sinn dieser Verträge, in deren Wünsche er zu handeln meinte. Aber den Bau von Kirchen gefördert zu sehen wünscht, wird die Mittel dazu nicht bloß auf die pflichtmäßigen Beiträge beschränkt wissen wollen oder können.

Mer gerade weil der freie Willkür, nicht der Zwang den für diesen Zweck geeigneten Weg darstellt, sollte bei der Beschaffung von Mitteln für Kirchenbauten alles vermieden werden, was die Spenden nur scheinbar dem freien Willen, in Wirklichkeit der Ausübung eines Zwanges aufbringen läßt.

Er ist aber noch weiter gegangen. Selbst Persönlichkeiten von ausgeprägter unchristlicher Gesinnung, atheistische Sozialdemokraten hat er für Kirchenbauten zu gewinnen gesucht. Betrieb er das als einen Wehrungsversuch, so wäre selbst das nicht unbedenklich gewesen.

Und so ist Freiherr v. Mirbach auf dem abschüssigen Meer, dem er für die Förderung von Kirchenbauten befehligt, immer weiter hinabgeglitten, bis er selbst an den Geländern der Sünden und der Scham und Komeid keinen Anstand mehr nahm.

Don Wurzwaren dieser Art wird Freiherr v. Mirbach in seinem Falle nie zu waschen sein. Denn sie ergeben sich schon aus dem, was über sein Verhalten als Herr zu Tage liegt. Aber muß denn die öffentliche Meinung durchaus dazu herausgefordert werden, noch schlimmeres zu vermuten? Solche Konstruktionen werden indes erst zum Schweigen kommen, wenn Freiherr v. Mirbach sich Schweigen bidet. Aber wenn er selbst nicht das Wort ergreift, müssen die Anklagen aus anderem Munde erfolgen.

Die Bremer Bank.

Ein Brief.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ich bitte Sie vor allem, nicht etwa zu glauben, daß ich, von dem Mißverhalte meines bisherigen literarischen Wirkens entsetzt und gründlich übergeht, mich nunmehr auf die Mitarbeiterschaft am Wesentlichen und Persönlichen weichen möchte. Nein! Der Titel meines Artikels gebot indes auch in das Gebiet der sogenannten Feine-Forschung, und ich möchte mich, wenn Sie es gestatten, mich über ein Ereignis ausdrücken, das so unbeschadet vorüber gegangen ist, daß selbst Ihr gefühliges Blatt bisher noch nichts darüber bekracht hat.

Alle Sie erinnern sich doch gewiß, daß vor einiger Zeit die Nachrichten durch die Wälder zog, daß im Wäldchen ein Bienen- oder Bienenstock für Feindliche Feinde angegriffen werden sollte. Der literarische Bienen in Bremen hat vor einigen Jahren diese Art der Aufsicht ausgedehnt und auch Anstalt gemacht, sie auch wirklich ausführen zu lassen. Unvorsichtlich dachte er dabei in erster Reihe an das herrliche Gedicht in dem zweiten Actus der Nordseebühner: „Am Ostsee“, welches mit dem Vers beginnt:

„Ständig der Wälder, der den Boden erzieht hat, Und hinter sich das Meer und die Strömung, Und wie vom und ruhig fließt, Im guten Wäldchen zu Bremen.“

Wichtigste ist der Bremer Wäldchen, niemals besungen werden als von Feinde, und die zwölf Wäldchen bekracht dürfen sich bei dem Dichter der Nordseebühner eben bekracht werden. Ich weiß nun allerdings nicht, ob Wilhelm Hauff eine Erinnerungstafel in einem gewissen Keller bekracht hätte, er freilich, aber in dem bacum nicht weniger. Die Tafeln konnten ruhig neben einander stehen. Sie hätten sich vertragen, und es die beiden Dichter auch getan haben.

Ja, ich wundere mich sogar, daß Arthur Ritter, von dem ich genau weiß, daß er ein Verehrer und Freund Heinrich Heines

Könige auch als summus episcopus, das Zeugnis schuldig, daß sie die Stätten der Gottesanbacht nur aus lauterer Quellen erzieht und geschmückt sein wollen. Wollen auch die Minister nicht sprechen, so wird das Parlament diese Aufgabe übernehmen.

Generalleutnant v. Trotha meldet aus Swatopomund: Da großer Mangel an Klappentexten und Arbeit besteht, ist der Transport nach Sibirien telegraphisch angewiesen, den Bataillonsstab und eine Kompanie in Swatopomund zu lassen, sobald für den Eiden des Schutzgebietes eine Kompanie und eine Batterie bleibt.

Die nächste Postverbindung nach Swatopomund wird hergestellt durch den Reichspostdampfer „Prinzregent“, ab Hamburg am 15. Juni, in Swatopomund etwa am 7. Juli. Sdalu für Briefe und Pakete in Hamburg am 15. Juni, 12 Uhr Mittags; letzte Beförderungsgelegenheiten ab Berlin Reuter Bahnhof für Briefe am 15. Juni 6 Uhr 35 Minuten Vormittags, für Pakete am 14. Juni 11.15 Abends. Dem Dampf-„Prinzregent“-Pakete am 17. Juni in Hamburg am 17. Juni 2.15 Nachmittags für die in Hamburg am 17. Juni 2.15 Nachmittags eintritt. Letzte Beförderungsgelegenheiten ab Oberhausen über Gemünd am 17. Juni 8.15 Abends, ab Berlin am 17. Juni 11.15 Abends. Nach Abgang des Dampf-„Prinzregent“ werden die vorliegenden Pakete nach Swatopomund z. B. dem Transportdampfer „Palatin“ zugehen, ab Hamburg am 17. Juni, in Swatopomund etwa am 7. Juli. Sdalu für Pakete in Hamburg am 17. Juni 1 Uhr Nachmittags, ab Berlin 16. Juni 11.15 Abends.

Ist aber die nicht in den spanischen Cortes gefallene Ausrufung, daß Spanien fünf Jahre lang dem Dreubund angehört habe, erhalten wir von vortrefflich informierter Seite die folgende Aufklärung: Wir haben schon dargelegt, daß von einer Angleberung Spaniens an den Dreubund nicht die Rede sein könne. Dagegen ist es Tatsache, daß gegen Ende der achtziger Jahre bis zum Jahre 1895 ein Geheimvertrag zwischen Spanien und Italien bestanden hat, von dessen Existenz die Teilnehmer an Dreubunde durch das Kabinett des Cardinals unterrichtet worden sind. Dieser Geheimvertrag bezweckte die gemeinschaftliche Wahrung des Gleichgewichtes im Mittelmeer, daß sich damals durch die Festsetzung Frankreichs in Tunis für beide Mittelmeerstaaten als gefährdet erwies. Die Bestimmungen dieses Geheimvertrages haben niemals praktische Wirksamkeit erlangt, und so entschloß man sich im Jahre 1898 in Madrid und Rom, das Abkommen nicht mehr zu erneuern. Dies ist alles, was an internationalen Verhandlungen in der letzten zwanzig Jahre von der spanischen Regierung ins Werk gesetzt worden ist. Wie man sieht, hat der Vorgang mit einem Beitritt Spaniens zum Dreubunde nicht das mindeste zu schaffen.

Nach der Arbeitsmarkt-Korrespondenz zeigt der Arbeitsmarkt im Mai ein unverändert günstiges Bild. Man darf sich hierbei nicht dadurch täuschen lassen, daß der Anbruch der Arbeitslosen vom April zum Mai ein wenig zugenommen hat. Denn es ist eine in Fortschreiten des Jahres regelmäßig wiederkehrende Erscheinung, daß, nachdem der erste Heißhunger der Arbeitslosen, nach landwirtschaftlichen Tätigkeiten der wiederkehrenden Wirtschaft eintritt, in der Regel vorübergehender sich gelöst hat, ein gewisser — in der Regel vorübergehender — Anbruch eintritt. Das Maßgebende ist, ob der Mai dieses Jahres einen stärkeren oder einen geringeren Anbruch zeigt als der des vorigen Jahres. An den öffentlichen Arbeitsnachweise Deutschlands, soweit dieselben an den Verband deutscher Arbeitsnachweise angeschlossen sind, kamen auf 100 offene Stellen im Mai vorigen Jahres noch 14.9 Arbeitsuchende, hingegen im Mai dieses Jahres nur 12.4. Selbstverständlich ist, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen

schen Arbeitern. Der künftliche Zustuß auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt blieb infolgedessen noch mehr als in anderen Jahren aus.

Die für Preußen erforderlichen Bestimmungen zur Ausführung des Reichsleuchengesetzes werden das Abgeordnetenhause in seiner morgigen Sitzung noch einmal beschließen. Bei der allgemeinen Bedeutung dieses preussischen Ausführungsgesetzes für die Verwaltungspolitik und für die öffentliche Gesundheitspflege ist es wichtig, den augenblicklichen Stand der parlamentarischen Verhandlungen zu präzisieren. Bisher ist es nämlich nicht gelungen, eine Einigung zwischen der Staatsregierung und der Kommission herzustellen. Die Kommission hat in ihrer zweiten Sitzung einige wichtige Beschlüsse gefaßt, die namentlich darauf beruhen, welche Verwaltungskorrespondenzen Kosten tragen solle. Nach den §§ 27 bis 29 soll die Regierung ermächtigt sein, die Gemeinden schon in epidemiefreien Zeiten zur Anlage von Abwehr- und Belüftungseinrichtungen für vorkommende Fälle anzuhalten. Es handelt sich demnach, wie man erkennt, um sanitätspolizeiliche Anlagen von beträchtlicher Natur, wobei die hierdurch entstehenden Kosten den betreffenden Gemeinden zur Last fallen müßten. Diese neue Überbürdung der Kommunen glaubte die Kommission des Abgeordnetenhauses nicht gutheißen zu dürfen, sie beschloß daher, daß der Staat wenigstens den wirtschaftlich schwachen Gemeinden gegenüber in dieser Hinsicht ist namment Einrichtungen übernehmen müßte. Hierfür ist natürlich Streit zwischen der Kommission und der Staatsregierung, insbesondere der Finanzverwaltung ausgebrochen. Die Frage ist nun, ob die Mehrheit des Abgeordnetenhauses mögen den Kommissionsbeschlüssen zustimmen oder ob sie umfallen wird. Ein zweiter strittiger Punkt ist, ob die Ermittlung und Feststellung aller ausstehenden Krankheiten durch den Kreisarzt erfolgen oder ob bei gewissen übertragbaren Krankheiten, wie Diphtherie, Scharlach, sogenannte ephemerale Angenentzündung (Granulose), die Behandlung durch den Privatarzt auf Kosten der Gemeinde erfolgen könne. Also auch hier ist es eine Gelbfrage, um die gestritten werden muß. Soll man wirklich glauben, daß am dieser verhältnismäßig unbedeutenden Maßnahmen willen das ganze, so ungemein wichtige Gesetz scheitern könnte? Käme das Gesetz nicht zu Stande, dann dürfte unter Umständen die öffentliche Gesundheit leicht sehr schwer gefährdet sein, weil alsdann die erforderlichen Abwehr- und Belüftungseinrichtungen nicht ordnungsgemäß funktionieren würden. Auch die Gemeinden würden schwer darunter leiden, sobald das Gesetz nicht zu Stande käme. Denn sie müßten die Kosten der Seuchenbekämpfung eben ganz allein tragen. Hoffentlich gelingt es noch in letzten Stunden, den harten Sinn der Finanzverwaltung zu erweichen, um die Verabschiedung des Gesetzes in dieser Session noch zu ermöglichen.

Der Krieg in Ostasien.

„Vor Port Arthur nichts Neues!“ Wenigstens soweit die Verhandlungen in Frage kommen. Dem Reuterschen Bureau ist von seinem im Hauptquartier des Generals Kuraki befindlichen Korrespondenten auf 14 folgende Nachricht — ohne Datum allerdings — zugegangen: „Von Kriegshandlungen ist nichts Neues zu melden. Die Vorkämpfer treffen täglich zusammen, die Verluste dabei sind gering. Bei diesen Gelegenheiten scheinen die Japaner die Oberhand zu behalten.“ Das Nachrichtenbüro in Peking ist ebenfalls in der Lage, zu berichten, daß die Vorkämpfer in der letzten Nacht noch einmal getroffen amehnen können, daß dieser Zustand noch einige Zeit anhalten. Nur zu einem aber den Blättern des Vorpostenbüros hinansgehenden Renkontre scheint es gekommen zu sein; Admiral Togo meldet nämlich:

man so schnell von dem Plan Abstand genommen, den man vorher mit so großer Begeisterung aufnahm, löst — in ein anderes Gebiet zu verpacken — tief Affekt. Fast hat es den Anschein, als ob nicht die vorgelegten Entwürfe, sondern der Plan überhaupt nicht die Billigung der gestrenge Mitarbeiter von Bremen gehabt hätte, und deshalb hat man den Rückzug gefunden zur Erinnerung dem Dichter in der Waldschiffen eine Wort aufstellen über welcher die Wälder der Eiden, und Wäldchen zwischen, mit um welche Wäldchen die Kinder der Herren Senatoren spielen, die hinter zu Hause ihre Wälder fragen können: „Wer war denn eigentlich dieser Heinrich Heine?“

Wie fernlich zur Entscheidung hingezogen wird, entspricht dieser Ausdruck der zur Verfügung stehenden Mittel, und die ganze Sache würde einen sinnigen und sympathischen Eindruck.“ Zur Verwägung der Feine-Schwärmer wird in der anstehenden offiziellen Notiz noch hinzugefügt: „Die neueste Stiftung, die Feine-Tafel, wird den Wäldchen erweisen, und manches Mißgeschick wird dort des Dichters als ein dreizehntes Denkmal genannt, indem er sagte: „Ein Baum wird meinen Grabstein bekrachten. Ich habe gern eine Palme, oder diese gedeiht nicht im Norden. Es wird wohl eine Linde sein. Und Sommerabends werden dort die Wäldchen sitzen und lesen; der Feine, der sich lausend in den Wäldchen weilt, ist verdächtig, und meine Linde verliert traurig über den Säulen der Glücklichen, die so glänzend sind, daß sie nicht einmal Zeit haben, zu lesen, was auf dem Wäldchen geschrieben

ist, und der den Bremer Wäldchen mit ebenso zierlichen wie hübsch erdummen Versen geschmückt, nicht schon längst auf diese Idee gekommen ist. Neben Ankeron, Matthias Staubins, Verag, Schöffel und Hauff hätte sicher auch Feine dort ein Platz gehabt. Hat doch der Feine seine Idee gegen das Dichterwort Feine-Denkmal trotz, eine sehr charakteristische „perverse Ballade“ gebildet, die den Titel führt: „Das unterbrochene Opferfest“, und in der er die vergeblichen Bemühungen der seligen Kaiserin von Oesterreich, dem Dichter ein Denkmal zu setzen, mit grimmigen Humor schildert. Dort läßt er die Fürstin fragen:

„Wie lang lo sich wie Amantio?“

„Wer heißt lo bunte Schwär?“

„Der schob der Radfahrer Feine Ehe?“

„So goldnen Fein ins Herz?“

„Fein Tod — lammere Wäldchenbrand.“

„Sein Grab ein feiner Wäldchenbrand.“

„Sein großer Schatten leit verbannt;“

„Mein Reins nicht auf die Fiedeln“

„Weden.“

Arthur Ritter, dessen Wort in Bremen ja so viel gilt, ist also sicher für die Erinnerungstafel gewesen, und mit ihm sicher viele andere angelegene und einflussreiche Männer der alten Hansestadt. Dies alles jedoch schon vor einigen Jahren; dann aber wurde es still von der Sache. Und nun kommt plötzlich die Nachricht auf, daß in dem schönen Bürgerpark zu Bremen, den jeder kennt, der einmal dort gewesen, eine stattliche Gedenktafel errichtet angefertigt worden sei, die mit dem Bildnis des Dichters versehen ist. Die Tafel habe ihren Platz am Eisenbahn, beim Ansehensplatz gefunden. Stifter dieses Gedenktafeln sei der literarische Verein zu Bremen. Seine Aufgabe, eine Gedenktafel für die Feine in Wäldchen anzubringen, sei nämlich dadurch bereit worden, daß die vorgelegten Entwürfe nicht die Zustimmung und den Beifall des Senates gefunden hätten. Offen gestanden, klingt die Sache etwas mystisch. Man hätte ja, wenn die vorgelegten Entwürfe nicht die Zustimmung gefunden haben, neue machen können, die vielleicht eher den Beifall der gestrenge Amtbedienten des Senates gefunden hätten. Das